

Kampf um den Nato-Gipfel im April

Gegner schmieden Schlachtpläne

Vom 10.01.2009, Von Jürgen Ruf

OFFENBURG. Die Kontrahenten machen Schlachtpläne: Gekämpft wird um den geplanten Nato-Gipfel Anfang April in Baden-Baden und Straßburg. Schon jetzt werden Positionen verteidigt, verbale Angriffe geführt. Die Polizei rüstet sich für den größten Einsatz in der Geschichte Baden-Württembergs. Die Gegner wollen den weltweit wichtigsten Staats- und Regierungschefs zum 60. Geburtstag des Militärbündnisses Paroli bieten. Am Freitag gaben die Gipfelgegner in Offenburg ihre Marschroute für die kommenden knapp drei Monate bekannt. Die Sprecher des Aktionsbündnisses "Widerstand der zwei Ufer" wollen namentlich nicht genannt werden, zur Pressekonferenz laden sie in ein Abrissgebäude in einem verlassenen früheren Industriegebiet. Auf dem Plakat, das hinter ihnen an der Wand hängt, steht das Ziel der geplanten Protestaktionen: "Nato versenken 09."

"Wir wollen den Nato-Gipfel auf jeden Fall und mit allen Mitteln verhindern", sagt ein Sprecher des Bündnisses. Um dieses Ziel zu erreichen, werde es "massive Proteste" geben.

Demonstrationen sind ebenso geplant wie Blockaden und weitere "Aktionen des zivilen Ungehorsams". Erwartet werden bis zu 20000 Gipfelgegner aus ganz Europa. Die bisherigen Aufrufe zum Protest sind auf eine große Resonanz gestoßen, heißt es. Der Widerstand werde breit angelegt. In den geplanten Protestcamps in Straßburg und Kehl sollen bis zu 18500 Menschen Platz finden. Das Spektrum der Protestierer reiche von christlichen bis hin zu linksradikalen Gruppen.

Zu möglichen Gewalttaten äußert sich das Sprecher-Trio erst auf Nachfrage. "Die Gewaltfrage müssen Sie nicht an uns richten, sondern an die Nato", lautet die Antwort. Gewaltvoller Protest gegen das Treffen der weltweit führenden Staats- und Regierungschefs und das von ihnen getragene Militärbündnis werde nicht ausgeschlossen. Die Organisatoren der Camps könnten dafür nicht verantwortlich gemacht werden. "Die Camps sind selbstverwaltet und offen für alle. Wir werden jeden Bewohner akzeptieren", sagt eine Aktivistin. Kontrollen werde es keine geben.

Genau in die Karten schauen lassen wollen sich die Gipfelgegner nicht. "Wir werden noch für einige Überraschungen sorgen." Der genaue Fahrplan für den Gipfelprotest stehe noch nicht fest. "Die Motivation ist aber auf jeden Fall schon jetzt sehr hoch."

Heribert Rech (CDU), der für den Polizeieinsatz zuständige Innenminister von Baden-Württemberg, hört die Kampfansagen. Schrecken lassen will er sich davon nicht. "Wir werden garantieren, dass der Nato-Gipfel von nichts und niemandem verhindert wird", sagte er. Mindestens 14000 Polizisten aus ganz Deutschland werden im Einsatz sein. Protestcamps würden mit Auflagen zwar zugelassen. Die Polizei will sich aber nicht aussperren lassen.

"Wir werden keine rechtsfreien Räume zulassen. Die Camps dürfen kein Rückzugsort für Gewalttäter sein", sagt der Minister. Beim G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm seien in Protestlagern Straftaten vorbereitet worden, Gewalttäter hätten in den Camps den Schutz der Masse gesucht. Dies werde die Polizei beim Nato-Gipfel verhindern.